61. XXVII. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Donnerstag, 3. Februar 1898

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

ßland und die kretisch Frage.

didatur des Prinzen Georg von Griechenland für neurposten auf Kreta hat auf dem Balkan eine e Lage geschaffen, wie sie seit Jahren, selbst im re vor Beginn des griechisch-türkischen Krieges en hat. Schon die Thatsache, daß Rußland, das in der türkischen Frage, offiziell allerdings olitik der Enthaltung getrieben hatte, jetzt plötzlich eingreift, ist geeignet, eine gänzlich veränderte nstellation herbeizuführen. Daß diese Thatsache einen Balkanstaaten nicht unbemerkt geblieben ist en die gefährliche Illusion wachgerufen zu haben b die Theilungsstunde der Türkei gekommen sei, zeigt deutlich. Unter diesen Umständen ist die Gefahr n Aufrollung der orientalischen Frage in unheimerückt. Früher, wo man diesen Moment immer sch ins Auge zu fassen brauchte, bezeichnete man s einen casus belli omnium contra omnes. e Theorie sich in die Praxis umzuwandeln droht, diese Konsequenz nicht mehr auszusprechen. Aber noch so giltig wie je.

iesen Umständen dürfte es von Interesse sein, die sich jetzt in Konstantinopel abspielt, sowohl vom ie vom türkischen Standpunkt ins Auge zu fassen. as in folgenden beiden Berichten unseres Peters- Konstantinopeler Korrespondenten:

ßlands Drängen in Konstantinopel.

unseres Petersburger ✗-Korrespondenten.)

Petersburg, 1. Februar.

ssische Botschafter in Konstantinopel hließlich doch die bestimmtesten Weisungen lles daran zu sehen, um den Sultan zum Ein- die Kandidatur des Prinzen Georg zu bewegen. soll darauf hingewiesen haben, daß die Lage durch die lange Abwesenheit einer einheitrsten Leitung sich täglich verschlimmere er werde, wodurch insbesondere für die nische Bevölkerung eine Krisis schlimmster nbeschworen werde. Insbesondere bemüht man rseits, bei der Pforte starkes Mißtrauen England zu wecken, welches angeblich auf dem besten Wege Kreta häuslich niederzulassen und Vorwande, für die Sicherheit der Bevölkerung in Wahrheit nur bemüht sei, den durch völlig darniederliegenden Handel und Ver- sich zu reißen, um Kreta dadurch in ffe ökonomische Abhängigkeit von britischen zu bringen. Es ist dem Sultan aufs Bindendste worden, daß Prinz Georg ein loyaler verneur sein würde, der die Souveränität des jedem Falle zu wahren bereit wäre, ja sogar ihm reid leisten würde. Man bemüht sich noch jetzt, ltan die Ueberzeugung wachzurufen, daß die Er- es Prinzen Georg im Interesse der Wohlfahrt der Inselbevölkerung wäre.

wie vor scheint jedoch der Sultan diesen Ver- nicht zu trauen, und vor allem widerstrebt es tolze, einen griechischen Prinzen als General- r der Insel zu sehen, nachdem es der türkischen ungen war, in einem kurzen glänzenden Feldzuge nd so empfindlich aufs Haupt zu schlagen. rchtet der Sultan wohl mit Recht eine ernst- friedenheit und eine gefährliche Gährung alb der türkischen Armee, falls die r des Prinzen Georg zum fait accompli Abdul Hamid ist Griechenland gegenüber von sgeprägten Gefühl der Verachtung erfüllt, und m sogar schwer, in Ruhe über die Kandidatur des zu verhandeln. Nichtsdestoweniger giebt man ts die Hoffnung keineswegs auf, dieselbe doch noch cken, — zumal sich keine der Mächte ernstlich dagegen stemmt, abgesehen von Oesterreich-Ungarn, welches seinen Bedenken bestimmten Ausdruck verliehen hat.

Insbesondere verstimmend haben noch in den letzten Tagen die Nachrichten vom erneuten Auftauchen bewaffneter Banden in Macedonien auf den Sultan gewirkt, der bei seinem Mißtrauen geneigt ist, auch diesen Vorgang durch russische Machenschaften in Bulgarien zu erklären, wohin, wie man sich erinnern wird, kürzlich eine größere Anzahl bulgarischer Offiziere aus dem russischen „Exil" zurückgekehrt ist. Der Sultan soll sich wiederholt über das schroffe und drängende Auftreten Sinowjews beklagt haben und sein Bedauern darüber äußern, daß er es nicht mehr mit Nelidow zu thun habe, der in hohem Maße sein Vertrauen genoß. Man darf der weiteren Entwickelung der kretischen Frage mit Spannung entgegensehen.

Das Zaudern des Sultans.

(Bericht unseres Konstantinopeler ⌣-Korrespondenten.)

Konstantinopel, Ende Januar.

Zu den verschiedenen Ihnen telegraphisch übermittelten Vorschlägen, Kombinationen und Versuchen zur Lösung der Kretafrage kommen nun noch zwei neue Nachrichten, die ebenso phantastisch und unausführbar sind wie alle früheren. Es heißt nämlich, daß — Sinowjew in türkische Dienste übertreten und darauf vom Sultan zum Vali von Kreta ernannt werden würde! Sinowjew Pascha — nicht übel! Man will zwei Gründe zu Gunsten dieser Kandidatur wissen: erstens würde Rußland, wenn es den Prinzen Georg nicht durchsetzen kann, zufrieden sein, einen Stockrussen in Kreta zu haben, und zweitens würde der Sultan ihn mit Freuden von seiner Hauptstadt scheiden sehen, wo er ihm schon recht unbequem geworden ist. Die andere Lösung, die übrigens schon in anderer Form lanciert worden ist, wäre die Abtretung der Insel gegen Nord-Thessalien: dies soll dem Sultan von einem der Botschafter (Oesterreich-Ungarns? Die Red.) nahegelegt worden sein. Bei einer Audienz beklagte sich der Herrscher diesem gegenüber über die Zumuthung einer Gebietsabtretung nach einem siegreichen Kriege und über die versteckten Drohungen Rußlands, worauf Jener: „Majestät mögen sich nicht beunruhigen; so lange Ihre Truppen in Thessalien stehen, kann eine Lösung der Insel nicht stattfinden; sollte sie versucht werden, so haben Sie ja das Mittel in der Hand, das eine für das andere einzutauschen; die Mächte würden kaum ernstlich einschreiten."

Wie man sieht, dauert die Verwirrung fort; nichts ist so absurd, so unmöglich, daß es nicht von irgend einer Seite lanciert und auch vielfach für baare Münze angenommen würde. Eins nur scheint festzustehen: Rußland wird die Hand; die es einmal auf Kreta gelegt hat, nie wieder zurückziehen. Um dem Sultan die Kandidatur des griechischen Prinzen annehmbarer zu machen, setzte ihm Sinowjew aus einander, Rußland übernehme die Verantwortung einer glücklichen Lösung Europa gegenüber, so daß kein Schatten eines Vorwurfes auf die Türkei fallen könnte, wenn auf der Insel unliebsame Ereignisse eintreten sollten; auf der anderen Seite dagegen werde Europa, wenn der Sultan auf der Einsetzung eines türkischen Gouverneurs bestehen sollte, im Falle erneuter Unruhen sich insgesammt gegen die Türkei erheben, und was dann geschehen werde, wage er Seiner Majestät nicht zu schildern.

Die Antwort des Sultans weiß man nicht; uns scheint die wahrscheinlichste gewesen zu sein:

Bange machen gilt nicht!

* * *

So weit unsere Korrespondenten. Was Deutschlands Haltung in der schwierigen Frage betrifft, so ist sie unverändert dieselbe, wie wir sie bereits wiederholt gekennzeichnet haben. Es ist die Politik absoluter Neutralität, oder richtiger, die Politik gänzlicher Enthaltung irgend eines Schrittes pro aut contra. Sollten die Ereignisse weitere unliebsame Folgen zeitigen, so würde Deutschland seinen Entschluß, sich an einer derartigen Lösung der kretischen Frage nicht zu betheiligen, auch äußerlich durch die Abberufung der „Oldenburg" aus den kretischen Gewässern dokumentiren.

---

* Die aus einem Hamburger Blatt in eine hiesige Zeitung übergegangene Meldung von dem **Rücktritt des Ministers der öffentlichen Arbeiten Thielen** und seiner Ersetzung durch den General v. Goltz wird uns von erster Stelle als durchaus **unbegründet** bezeichnet. Wir hatten die Meldung schon um deswillen für eine unbegründete Kombination gehalten, weil darin eine Verwechslung mit dem vor Jahren bereits als zukünftiger Eisenbahnminister bezeichneten General v. Goltz vorliegt, welcher als Autorität auf dem Gebiete des Eisenbahn- und Ingenieurwesens gilt.

---

* Mittheilungen über ein **Verbot der Einfuhr amerikanischen Obstes** haben namentlich am Niederrhein großes Aufsehen erregt. Dem Zollamt in Emmerich war (nach der Köln. Ztg.) am 30. Januar das Einfuhrverbot vom Finanzminister telegraphisch zugegangen, und dort war thatsächlich jede Sendung Obst zurückgehalten worden. Am 31. Januar hat auch der Hamburger Senat ein Einfuhrverbot erlassen. Es handelt sich bei der Angelegenheit um Maßregeln, wie sie der Abgeordnete Knebel im Abgeordnetenhause am Dienstag gegenüber der Sanjose (Schildlaus) befürwortete, und die der Geh. Rath Wegener als bevorstehend bezeichnete. Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle können wir mittheilen, daß es sich bei den oben erwähnten Anordnungen nur um Sperrmaßregeln handelte. Weiter hören wir, daß der **Bundesrath** sich in seiner **heutigen Sitzung** über die Frage des Einfuhrverbotes schlüssig machen wollte. Der Erlaß einer Verordnung auf Grund des Zollgesetzes dürfte demnach unmittelbar bevorstehen.

---

* In der am Dienstag stattgehabten Generalversammlung des Kieler „Liberalen Vereins" gelangte das **Vorgehen der Volkspartei** im Wahlkreise Schleswig-Eckernförde auf Anregung eines Mitgliedes zur Erörterung. Unser ✗-Korrespondent schreibt uns darüber: Nach der Wüsterschen, von volksparteilicher Seite ausgehenden Resolution sollte das Schleswiger Mandat, welches Herr Lorenzen-Bübelsdorf seit 1884 inne hatte, der Vereinigung verbleiben. Trotzdem hat eine Delegirtenversammlung in Herrn Jakobsen einen Kandidaten aufgestellt, der nach der Stellungnahme der „Freisinnigen Ztg." zur Kandidatur zweifellos zur Volkspartei gehört. Die politische Stellung ist nicht ganz klar. Angeblich steht er auf dem Boden des Nürnberger, nicht des deutschfreisinnigen Programms von 1884. Auffällig ist, daß der bisherige langjährige Vertreter Lorenzen keine Einladung zu der Schleswiger Versammlung erhalten hatte. Es wurden Zweifel darüber laut, ob es gelingen werde, alle Freisinnigen auf die Kandidatur Jakobsen zu vereinigen. Angesichts der offenen Schwenkung der Regierung in der Agrarpolitik erhoffte der Vorsitzende ein Zusammenwirken aller Freisinnigen. Sobald der Wahltermin festgesetzt ist, wird ein Parteitag aller Deutschfreisinnigen nach Neumünster einberufen, um ein gemeinsames Vorgehen anzustreben. Ueberaus bezeichnend für die Wirkung der trotz aller Friedensliebe der Deutschfreisinnigen Schleswig-Holsteins sich stets aufs Neue geltend machenden Angriffe und Hetzereien war die Anregung aus der Versammlung, daß die Freisinnigen unserer Provinz eine besondere liberale Gruppe im Parlamente bilden möchten; dadurch würden wir dem Streite entrückt. So schön dieser Gedanke scheint, so unausführbar ist er. Freund und Feind würden eine solche Scheidung als den Ausfluß des Partikularismus betrachten. Eine Vermehrung der vorhandenen zwölf Fraktionen sei sehr verkehrt. Die Angriffe auf die Deutschfreisinnigen würden sich gegen die neue Gruppe kehren. Die Anregung, die wir nur als eine charakteristische Erscheinung erwähnen, fand von keiner Seite Zustimmung oder Unterstützung.

---

* Was schon seit Wochen in allerlei dunklen Andeutungen aus Stambul herüber tönte, scheint nun wirklich Thatsache geworden. Der allbekannte **Günstling des Sultans, Izzet Bei,** ist wieder einmal **in Ungnade gefallen.** Nachdem

---

ungen an die deutsche Universität Prag.

Von [Nachdruck verboten.]

Fritz Mauthner.

eißigjährige Krieg hat bekanntlich damit begonnen, in Prag die verhaßten katholischen Statthalter „nach e" zum Fenster hinauswarf; die Statthalter fielen einen Mißtraufen und standen gesund auf; trotzdem That das Signal zu Aufstand und Krieg.

och kleineres unblutiges Ereigniß verbreitet jetzt deren Ende nicht abzusehen ist, über ganz Oesterreich. Studenten sind bei ihrem herkömmlichen Graben- von den fanatischen Tschechen beschimpft worden, weil Mützen trugen. Sie tragen diese farbigen Mützen seit jeher; sie betrachten das als ihr einfaches Recht, echt, sich deutsch zu nennen. Nicht einmal politische haben diese Abzeichen; es giebt oder gab unter r Studentenverbindungen eine Austria so gut wie onia. Der Statthalter von Böhmen hat das Farbenrboten, den Tschechen ebenso wie den Deutschen; es en Verhältnissen, daß die Tschechen sich dieser Verfreuen, und nur die Deutschen sie als eine schwere empfinden. Die Tschechen wollen ja gar nichts als daß alle deutschen Zeichen wie alle deutschen s dem Straßenbilde ihres „Mütterchen Prag", ihres Prag" verschwinden, daß die deutsche Minderheit unwird; sie selbst haben die nationale Bewegung vor ahren freilich mit Fahnen und Farben und mit ei erfundenen Nationalkostüm begonnen; jetzt aber die Tschechen keine äußeren Abzeichen mehr, weil sie berwältigende Mehrheit bilden. Giebt es doch unter malhunderttausend Einwohnern Prags mehr wie soviel Tschechen als Deutsche.

Die deutschen Studenten Prags wollen begreiflicherweise auf ihre Farben, die ein Bekenntniß zum Deutschthum sind, nicht verzichten. Unter dem Beifall aller deutschen Studenten Oesterreichs haben sie beschlossen, lieber auszuwandern, lieber die Verlegung der deutschen Universität in eine deutschböhmische Stadt zu dulden, als auf ihr altes Recht zu verzichten. Was diese Auswanderung der deutschen Universität für die Hauptstadt Böhmens bedeuten würde, das kann nicht leicht verstehen, wer Prag nicht genau kennt. Ich habe mein halbes Leben in Prag verbracht, habe in Prag das Gymnasium und die Universität besucht, und so darf ich wohl ein warnendes Wort sprechen. Der Auszug der deutschen Professoren und Studenten aus Prag wäre das Ende. Die deutsche Gesellschaft Prags ist klein; die Beamten des Staates und der Stadt, der Adel und der Klerus sind langsam tschechisch oder undeutsch geworden; der Offizier, wenn er ein Deutscher ist, darf sich keiner Partei anschließen. Gehen die deutschen Professoren und Studenten fort, so ist es vorbei mit der deutschen Gesellschaft Prags. Das deutsche Theater könnte doch einen Mittelpunkt von gleicher Anziehungskraft nicht abgeben; und der tschechische Terrorismus würde übrigens auch das deutsche Theater in Prag bald vernichten. Wandert die deutsche Universität aus, so verschwindet der letzte Wall der Deutschen in Prag. In unglaublich kurzer Zeit würde ihr kleines Häuflein von der fünffachen Ueberzahl der rücksichtslosen Tschechen hinweggeschwemmt sein. Die Ungarn haben es den Tschechen ja vorgemacht, wie man deutsche Kolonien unblutig mit Stumpf und Stiel ausrottet. Daß man an eine Verlegung der deutschen Universität Prags bereits denkt, das scheint mir der Anfang vom Ende zu sein.

Zu dieser pessimistischen Auffassung der böhmischen Bewegung mußte ich kommen durch meine Erinnerungen; sie lehren mich, in wie unerhörter Weise sich die Lage seit etwa 25 Jahren zu Ungunsten der Prager Deutschen verschoben hat.

Selbst der Grabenbummel ist dafür ein tragikomisches Beispiel. Der Graben ist die ehemalige Grenze zwischen Altund Neustadt, war vor Gründung der Neustadt ein Festungsgraben, ist jetzt die vornehmste Straße Prags und heißt offiziell nach einem Statthalter die Kolowratstraße. In Prag sagt man aber nur „Graben", wie es ja auch in Wien eine kleine Straße von ähnlicher Bedeutung giebt. Auf dem Graben geht die vornehme Welt spazieren, so wie hier Unter den Linden, in Prag von 12 bis 3 Uhr; mit jeder Stunde wird die Welt vornehmer, je nach der Essenszeit, wie ja auch anderswo die sittliche Würde der Menschen mit nach der Essenszeit beurtheilt wird.

Auch der Graben ist von der tschechischen Gesellschaft langsam erobert worden. Jetzt hört man während des Grabenbummels fast immer nur tschechisch sprechen. In meiner Jugend hätte ein Fremder, der um die Mittagszeit auf den Graben kam, glauben müssen, er befinde sich in einer rein deutschen Stadt. Alle Welt sprach deutsch, besonders die Spaziergänger auf der „feinen" Altstädter Seite; drüben auf der Neustädter Seite promenirten trotzig und feindselig die Tschechen, bescheiden nur an Zahl. Meine Erinnerung reicht bei dieser Schilderung allerdings noch weiter zurück als 25 Jahre. Lag doch unser Piaristen-Gymnasium mitten auf dem Graben und versäumten wir Schüler doch mitunter den Beginn der Nachmittagsstunden, um schüchtern auch ein wenig von dem Grabenbummel zu naschen, irgend eine angeschwärmte Freundin unserer Schwestern zu grüßen und um unsere anderen Ideale, die farbentragenden Studenten, anzustaunen. Damals — im Anfang der sechziger Jahre — hörte man beim Grabenbummel auf der Altstädter Seite nicht viel öfter tschechisches Gespräch als etwa unter